

## **Israel: Jüdischer Staat oder ein Staat für die Juden – eine Ideengeschichte –**

**von Reiner Bernstein<sup>1</sup>**

### I. Einleitende Bemerkungen

Ich werde heute Abend kein weiteres Referat über den israelisch-palästinensischen Konflikt halten. Statt einer Vertiefung in die Politikgeschichte will ich innerjüdisch und innerzionistisch strittige Narrative und Überzeugungen zum Verhältnis zwischen Religion und Politik seit dem ausgehenden 19. Jahrhunderts herausstellen. Hinter ihnen steht die immerwährende Frage, ob der Judenstaat Theodor Herzls (gestorben 1904) ohne Judentum möglich sei. Welche Auswirkungen und Konsequenzen die Differenzen für das Verhältnis zum palästinensischen Volk haben, wird sich fast zwangsläufig daraus ergeben. Nichts kam über Nacht zustande, sondern reicht tief in die Geschichte des politischen Zionismus hinein.

Zunächst vorab nur so viel:

Ich stehe seit vielen Jahren zu der Überzeugung, dass in diesem 26.000 Quadratkilometer kleinen Palästina zwischen Mittelmeer und Jordan und zumal jüngst wegen der von autoritärem Chaos und von blutigen Bürgerkriegen geplagten Region beide Völker gezwungen sein werden, Wege des koexistentiellen Miteinanders zu suchen. Bis dahin bleibt das historische Palästina ein Land ideologischer Extreme.

---

<sup>1</sup> Formalisierte und ergänzte Fassung – mit aktuellen Nachträgen – des Vortrags am 21. November 2014 in Bonn im Rahmen eines mehrteiligen Symposiums „Christen, Juden, Muslime“. Vgl. auch die Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

Ob beide Völker für ein künftiges Mit- oder Nebeneinander den Rahmen zweier Staaten, eines Staates oder den einer ethnisch-religiösen Föderation mit autonomen kollektiven und / oder individuellen Spielräumen finden, ist die Angelegenheit beider Völker selbst, in die wir uns aus der Ferne nicht einmischen sollten. Manche von Ihnen wissen, dass ich jahrelang in Berlin zugunsten der israelisch-palästinensischen Blaupause unter dem Namen „Genfer Initiative“ einer Zweistaatenregelung antichambriert habe<sup>2</sup>. Ein hoher Diplomat des Auswärtigen Amtes hat mich dazu kürzlich mit einer fast wegwerfenden Geste „beglückwünscht“.

Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel, die sich im Mai 2015 zum 50. Mal jähren wird, habe ich hier in Bonn und dann in Berlin mit Diplomaten und Abgeordneten über den Konflikt gesprochen.

Was mir dabei aufgefallen ist:

Im Politikbetrieb geht die ideologisch-weltanschauliche Grundierung der Konfrontation häufig verloren. So etwa sind die religiösen Dimensionen geradezu sträflich unterschätzt worden, was mich mehrfach zu dem provokativen Ausruf „*Lernt Theologie*“ veranlasst hat. Denn wer über Juden und Araber in Palästina spricht, kann über Religion nicht schweigen.

Natürlich war und ist mir klar, dass mein Appell „*Lernt Theologie*“ auf ein müdes und gar mitleidiges Lächeln stoßen würde. Als dann aber für Joschka Fischer um die Jahreswende 2012/2013 der Konflikt von einer Territorial- zu einer religiösen Frage geworden war und Frank-Walter Steinmeier vor einer Woche vor eben dieser Entwicklung

---

<sup>2</sup> Dazu mein Buch „Von Gaza nach Genf. Die Genfer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern“. Schwalbach/Ts. 2006.

warnte, hätten Israelis und Palästinenser ihnen spöttisch „*Guten Morgen!*“ zugerufen. Es ist höchst erstaunlich, dass erst jetzt in Berlin und anderswo wie über Nacht die religiösen Dimensionen mit extremistischen Zuspitzungen im Ringen zweier Völker entdeckt worden sind, die sich endgültig zu einem regionalen, vermeintlich „heiligen Krieg“ zu erweitern drohen. Es entbehrt nicht der Tragik, dass ob solcher Befürchtungen jüngst Stimmen laut geworden sind, die dem politischen Charakter des Konflikts das Wort reden wollen.

Als die Bundeskanzlerin im März 2008 Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson erklärte, verkannte sie vollständig die ideologischen Wandlungen im Zionismus – abgesehen davon, dass sie sich nicht der Mühe unterzog, ihre Zusage auf die Grenzen vor dem Junikrieg 1967 zu beziehen. War der Zionismus Herzls und seiner politischen Weggefährten der Versuch einer Revolte gegen das rabbinische Judentum, so hat sich dieses inzwischen in geradezu fundamentalistischen Varianten durchgesetzt. Auf der Suche nach einer neuen Gesellschaftsordnung ist Israel in die postsäkulare Welt eingetreten.

Natürlich wäre es mehr als angebracht, auch auf die islamistischen und die christlich-messianischen Faktoren in diesem Konflikt einzugehen, die im arabischen Raum auf die Niederlage im Junikrieg 1967 mit dem Aufstieg der Muslimbruderschaften zurückführen und die seit Mitte des 19. Jahrhunderts bei christlichen Zionisten in England und in den USA lebendig waren.

Ihre Bedeutung muss gesonderten Betrachtungen vorbehalten bleiben, auch wenn ich auf die Vorstellung von der „Umma“, der Gemeinschaft der Muslime mit dem Primat der politischen Souveränität im arabischen Raum, verweisen will und hinzufüge, dass Yasser Arafats die zweite „Intifada“ ab dem Herbst 2000 als „Al-Aqza-Intifada“ proklamierte. In allen arabischen Staatsverfassungen mit Ausnahme Syriens und Libanons wurde der Vorrang der „Sharia“

als vornehmster Rechtsquelle verankert. Auch die junge Verfassung Tunesiens macht hiervon keine Ausnahme.

Zur palästinensischen Nationalbewegung, der seit der britischen Mandatszeit ein absolutes Versagen der politischen Führung nachgesagt worden ist, sei an das religiöse Pathos erinnert, das sich in der Proklamation des virtuellen Staates Palästina vom November 1988 wiederfindet:

*„Im Land der himmlischen Botschaften an die Menschheit: ... Der Palästinensische Nationalrat erklärt im Namen Gottes und des palästinensisch-arabischen Volkes die Schaffung des Staates Palästina auf unserem palästinensischen Boden und seiner heiligen Hauptstadt Jerusalem.“*

Ohne die kompromisslose Ablehnung der zionistischen Ansiedlung in Mandats-Palästina sind Verhärtungen der zionistischen und später der israelischen Positionen schwer vorstellbar, auch wenn dieser einer eigenen Logik folgten und folgen. Dabei ist die Neudefinition des Zionismus nicht erst – wie vielfach behauptet – das Ergebnis des 6-Tage-Krieges, sondern war früh angelegt.

Denn die jüdische Nationalbewegung konnte aus Gründen der erstrebten Verankerung im jüdischen Volk ohne biblische Bezüge und die Befolgung von traditionellen Bräuchen nicht auskommen. So finden sich Begriffe wie *„Erlösung des Landes“* und *„Religion der Arbeit“* bei Autoren wie dem aus Russland stammenden Ethiker Aharon David Gordon (gestorben 1922). Endgültig mit der Eroberung der Westbank und Ost-Jerusalems 1967 erfasste der mystische Enthusiasmus auch säkulare Kreise.

## II. Zur Frühgeschichte des politischen Zionismus

---

1896 legte Theodor Herzl seine Programmschrift „Der Judenstaat – Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ vor. Unter dem Eindruck antisemitischer Pogrom- und Verfolgungswellen in Ost- und Mitteleuropa sowie der Dreyfus-Affäre in Frankreich vertrat der Wiener Feuilletonist eine politisch-pessimistische Philosophie, aus der er für die Juden – gemeint waren die in Europa – die Konsequenz eines modernen Nationalstaates zog, wie er damals etwa von den „*verspäteten Nationen*“ (Helmuth Plessner), den Italienern, Deutschen und Polen, angestrebt wurde. Eine religiöse Grundierung des erstrebten Gemeinwesens lag Herzl fern: Er verzichtete auf die Beschneidung seines Sohnes und wollte „*unseren Seelsorgern*“ lediglich die Aufgabe zuweisen, „*von der Kanzel herab (zu) begeistern*“.

Nach Herzls Überzeugung konnte der Zionismus ohne das Judentum auskommen. Tatsächlich verwarf die junge Nationalbewegung die rabbinische Tradition des geduldigen Wartens auf den Anbruch des messianischen Zeitalters und von der Hinnahme des Martyriums, wie wir sie in den drei talmudischen Eiden vorfinden:

*„Einer, dass Israel nicht geschlossen heraufziehe [d.h. Verbot der Masseneinwanderung vor Anbruch der messianischen Zeit], einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, Israel beschwor, sich nicht gegen die weltlichen Völker aufzulehnen [d.h. nach politischer Souveränität zu trachten], und einer, dass der Heilige, gepriesen sei Er, die weltlichen Völker beschwor, [für diesen doppelten Verzicht] Israel nicht übermäßig zu knechten“<sup>3</sup>.*

Unter der jüdischen Jugend in Osteuropa gärte der Widerstand gegen das formalistische Zeremonial, gegen die selbstverständliche Hinnahme schämlicher Erniedrigungen durch Behörden und Militär,

---

<sup>3</sup> BT-K<sup>e</sup>tubot 111a. Zit. in Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000, S. 6.

die Feindseligkeiten der Nachbarn, den scharfen Antijudaismus der katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche. *„Wir wollen jüdische Kinder mit roten Backen und mit gojischem Kopf“*, lautete eine Parole auf einer Konferenz in St. Petersburg.

Nach Beobachtungen Martin Bubers (gestorben 1965) war *„die Kraft des Judentums nicht bloß von außen [durch die Verfolgungen] niedergehalten“* worden, sondern *„auch von innen, von der Zwingherrschaft des ›Gesetzes‹“*.

Im Zuge der rechtlichen Gleichstellung in Westeuropa – nicht zu verwechseln mit ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz – wurde Ende des 19. Jahrhunderts auch im Osten der Bruch mit dem – wie es eine israelische Journalistin später verächtlich ausgedrückt hat – *„Rabbinikalismus“* augenfällig. So verwahrte sich der Hebräisch schreibende Gelehrte und Redakteur Peretz Smolenskin (gestorben 1885) gegen das sklavenhafte Leben der Bibelfrömmigkeit und wies Gott einen Platz im Himmel zu:

*„Du bist ewig. Du kannst warten. Denn tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag, der vergangen ist, und wie eine Nachtwache. Unsere Geduld ist aber zu Ende. Vergib Deinen Kindern also, wenn sie das Nahen des Tages [der Ankunft des Messias] beschleunigen.“*

Zwischen Gleichmut – verstanden als Strafe Gottes ob der Sünden Seines Volkes – und Aufbruch in ein neues Leben sollte die Entscheidung fallen. Herzls Weggefährten Max Nordau (gestorben 1923) prägte das Bild vom *„Muskeljudentum“*. Der später zu Israels Nationaldichter aufgestiegene Chaim Nachman Bialik (gestorben 1934) geißelte die Morbidität der rabbinischen Gelehrsamkeit, die bleichen Gesichter, das Hocken über den Büchern, das Anhäufen toten Wissens und die Lebensfeindlichkeit. Schärfere Distanzierungen vom rabbinischen Traditionalismus waren kaum möglich.

---

An die Stelle des hochgelehrten Talmud-Schülers, des „Talmid Chacham“, sollte der Pionier, der „Chalutz“, treten. Doch, so tröstete sich der erste Oberrabbiner Abraham Isaac Kook (gestorben 1935) in der Mandatszeit

*„Selbst wenn sie keine Gebetsriemen tragen, so tragen sie doch Mauersteine zum Haus des Landes Israel bei.“*

Gleichwohl nehmen viele Juden im Zarenreich die kleinen Reformen des 1881 ermordeten Alexander II. mit Beklemmung auf. Sie fürchteten, dass ein Riss in ihr frommes Leben kommen könnte, weil die neue Freiheit ihre eigene Welt zerstören werde.

So wollte Shmaryahu Levin (gestorben 1935) das religiöse Leben mit nationalem Gedanken verbinden, bedauerte aber, dass die *„besten jüdischen Köpfe (...) zu fremden Göttern und einer fremden Umwelt“* übergehen würden. Levin sah ein Desaster voraus: *„Einst verkaufte Esau seine Seele für ein Gericht Linsen; jetzt verkaufte Jakob seine Seele für Bürgerrechte<sup>4</sup>.“*

Selbst für den in Berlin amtierenden liberalen Rabbiner Joachim Prinz (gestorben 1988) war dem Judentum der *„Gang ... aus dem Ghetto in die europäische Gesellschaft (...) nicht sonderlich bekömmlich“* gewesen, und als die Hebräische Universität 1925 ihren Lehrbetrieb aufnahm, wollte sie die Erinnerung an den Tempel als spirituelles Zentrum des Judentums wiederbeleben.

Judah L. Magnes (gestorben 1948), ihr erster Rektor, der dezidiert zu den langjährigen Befürwortern eines binationalen jüdisch-arabischen Staates im Rahmen des „Brit Shalom“ („Friedensbund“) und seiner Nachfolger gehörte, warf die Frage auf, ob denn die Juden die

---

<sup>4</sup> Gen. 25,34.

prophetische Warnung vor dem Status eines „Weltvolkes“ gleich allen Völkern nicht gehört hätten. Magnes fürchtete einen Judenstaat ohne Judentum.

### III. Die britische Mandatszeit: Aufbruch in die Metamorphose des politischen Zionismus

Palästina gehörte damals zum Osmanischen Reich. Mit der britischen Balfour-Deklaration vom November 1917 und mit dem Mandatsregime ab 1922 wurde der Zionismus erstmals völkerrechtlich als Repräsentant des jüdischen Volkes anerkannt – eine Zusicherung, die in der Folge den zionistischen Anspruch begründete, politische Vorhut aller Juden der Welt zu sein. Der künftige Präsident der Zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann (gestorben 1952) fasste 1919 auf der Versailler Friedenskonferenz als Leiter der zionistischen Delegation die Erwartungen in dem Satz zusammen, dass

*„Palästina genauso jüdisch werden sollte wie Amerika amerikanisch und England englisch“.*

Da die Entscheidung der Regierung in London nicht von antijüdischen Ressentiments frei war – sie wollte den Zusatz von „Ostjuden“ aufhalten und ein starkes, europäisch geprägtes Bollwerk zum Schutz kolonialer und imperialistischer Interessen aufbauen –, konnte Weizmann auf dieser Klaviatur spielen.

In den Augen mancher religiöser Juden hingegen, die an der genannten Vorstellung vom geduldigen Warten auf den Messias festhielten, konstatierte das Mandat die erste internationale Einmischung in das dem jüdischen Volk von Gott zugesprochene Land Israel.

---

In Palästina lebten damals knapp 824.000 Araber und reichlich 93.000 Juden. Als auf Betreiben von Kolonialminister Winston Churchill (gestorben 1965) das Mandatsgebiet 1922 entlang des Jordans geteilt und im Osten das Emirat Transjordanien entstand, wurde dies nicht nur von religiösen Juden, sondern auch von großen Teilen der zionistischen Führung nur mit Zähneknirschen hingenommen. Zum zweiten Mal hatte sich das Ausland in innerjüdische Angelegenheiten eingemischt. Unter dem Eindruck, Hunderttausende Überlebende der „Shoah“ aufzunehmen und grundlegenden arabischen Widerständen entgegenzutreten, wurde in der erste Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in zionistischen Kreisen heftig über eine weitere Teilung des verbliebenen Mandatsgebiets gestritten, die in London und Washington bevorzugt wurde – dort ohne an eigenen Interessenlagen rütteln zu lassen.

In der Nachfolge des 1902 in Wien begründeten Verbandes „Mizrachi“ (Akronym für „Geistliches Zentrum“) meldete sich in Palästina der erste Versuch einer Symbiose zwischen Religion und Politik zu Wort: Abraham Isaac Kook setzte sich über die talmudischen Eide hinweg und verband mit der Einwanderung eben jenen Anbruch der messianischen Zeit. Für ihn war das jüdische Volk der Brennspeigel für die Erlösung der ganzen Welt. Ohne sich über die Völker zu erheben, stand bei Kook Israel im göttlichen Heilsplan hierarchisch an der Spitze: Seine Bußfertigkeit sei die Voraussetzung und die Vorbereitung des ewigen Friedens der Menschheit.

Auf die besorgte Frage nach seinen Absichten, den Dritten Tempel aufzubauen, verstieg sich Kook freilich zu der Behauptung, dass die Muslime vor Schreck über ihre Kühnheit, die Al-Aqza-Moschee errichtet zu haben, sie abreißen würden, wenn die Zeit gekommen sei.

Kook erfreute sich großen Respekts, da er keine Scheu zeigte, mit säkularen Juden Verbindungen zu pflegen. Nach Auffassung Martin

Bubers spiegelte sich in seiner Person, „*wie in der keines anderen Zeitgenossen, die heilige Substanz Israels*“ wider. Buber selbst weigerte sich 1927, an der Hebräischen Universität in Jerusalem seinen Vortrag in Hebräisch zu halten, sondern bestand auf der deutschen Sprache. Gershom Scholem (gestorben 1982) würdigte Kooks Leistung als Übersetzer spiritueller Erfahrungen in die Alltagssprache. Der spätere Literaturnobelpreisträger Shmuel Yosef („Shai“) Agnon (gestorben 1970) wiederholte nach seiner Begegnung mit ihm die Frage Marc Chagalls:

*„Wie ist jemand eines solch heiligen Gesichts würdig?“*

Die öffentliche Resonanz auf Kooks Dirigismus zur spirituellen Erziehung blieb freilich zunächst eine Marginalie, lebte aber latent fort. Die Zahl der explizit religiösen Einwanderer war relativ gering, und nicht einmal die Wissenschaft interessierte sich für ihn.

Die theologische Spiritualität Kooks fand in Vladimir Zeev Jabotinsky (gestorben 1940) ihren wichtigsten Gegenspieler: Wie kein anderer war es der Führer des Mitte der 1920er Jahre aufstrebenden revisionistischen Zionismus, für den die Bibel ein

*„wunderbares Spielzeug aus Seide und Silber“* war gegenüber *„der unbestreitbaren Not und dem Bedürfnis, von welchem wir getrieben und gestoßen werden“*.

In seiner Schrift „Die Eiserne Mauer“ sprach sich Jabotinsky zwar nachdrücklich gegen eine Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus, pochte aber auf die jüdische Mehrheit im Lande, und zwar im Gegensatz zu führenden US-amerikanischen Zionisten um Louis D. Brandeis (gestorben 1941) – Brandeis war zwischen 1916 und 1939 Mitglied des Obersten Gerichts –, die unter Verweis auf die aus Europa eingewanderten Kolonisten und der Verdrängung der indianischen Bevölkerung offen für den arabischen Transfer aus

Palästina in das Emirat Transjordanien und in den Irak plädierten, wie John B. Judis in seiner Untersuchung „Genesis“ (2014) belegt. Die biblische Weisung, „*Einen Fremdling sollt ihr nicht bedrücken*“<sup>5</sup>, quittierte der Mussolini-Verehrer allerdings mit dem nationalen „*sacro egoismo*“:

*„Die Moral von heute hat keinen Platz für so einen kindischen Humanismus.“*

Ein politischer Weggefährte sprach Jabotinsky ehrfürchtig als „Duce“ an. Auch wenn er weltanschaulich, was das Verhältnis zur arabischen Bevölkerung anging, nicht weit von David Ben-Gurion (gestorben 1973) entfernt war, ließ letzterer, schon damals der starke Mann im jüdischen Gemeinwesen Palästinas, nicht davon ab, den Revisionismus-Führer als Faschisten zu denunzieren.

Andere, wie der Ethiker Asher Zvi Ginsberg (gestorben 1927) – besser bekannt unter dem Pseudonym „Achad Haam“ („Einer aus dem Volke“) –, hatten früh vor zionistischer Ignoranz gewarnt: *Selbst wenn das arabische Volk gegenwärtig ruhig bleibe, lasse es sich nichts anmerken, bis die Zeit zum Handeln reif sei.* Manch andere Zionisten aus dem Lager der nachmaligen Arbeitspartei glaubten jedoch, die arabische Zustimmung zum jüdischen Nationalheim mit materiellen Wohltaten erkaufen zu können. Jabotinsky hingegen ließ es an hellsichtigen Warnungen nicht fehlen: Kein Araber werde *„seine Nationalphantasie um ein Butterbrot“* verkaufen. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg bekannte Magnes besorgt, dass Jabotinsky zu seinen Lebzeiten geächtet, verdammt und exkommuniziert worden sei,

*„und heute sehen wir, dass fast die gesamte zionistische Bewegung seinen Standpunkt übernommen hat“.*

---

<sup>5</sup> Ex. 22,20; Num. 15,15.

Zwischen Kooks messianischer Theologie und dem frühzeitigen Drängen auf den jüdischen Nationalstaat, das Jabotinsky von Seiten der Briten Gefängnis und Deportation eintrug, begann der Aufstieg nationalreligiöser Entwürfe, die sich nach 1967 als Staatsideologie durchsetzten.

Das Gedicht des Dichters Shaul Tchernichowski (gestorben 1943) war verhallt:

*„Lach nur, ja lach nur über die Träume,  
die ich träumend erzähle.  
Lach nur, denn ich glaube an den Menschen,  
immer noch glaube ich an dich.  
Immer noch strebt meine Seele nach Freiheit.  
Ich habe sie noch nicht an das Goldene Kalb verkauft.  
Immer noch glaube ich an den Menschen,  
an seinen Geist, an seinen starken Verstand.“*

Am Vorabend der Gründung des Staates Israel im Mai 1948 machte die jüdische Bevölkerung aufgrund der raschen Zuwanderung von Überlebenden der „Shoah“ knapp 50 Prozent aus. Die Bevölkerungspyramide der Mandatszeit hatte sich umgekehrt: Den rund 650.000 Juden standen nur mehr 156.000 Araber gegenüber – das Ergebnis des arabischen Flüchtlingsdramas, Arabisch „Nakba“, die „Katastrophe“.

Dennoch hatte Abba Hillel Silver (gestorben 1963), der sich nach dem Machtantritt der NSDAP in Deutschland von einem entschieden liberalen zu einem scharf rechtsgerichteten Repräsentanten US-amerikanischer Juden gewandelt hatte, einen ersten britisch-amerikanischen Entwurf für die föderative Teilung Palästinas auf der Basis vollständiger Rechtsgleichheit zwischen beiden Volksgruppen im Frühsommer 1946 als den Versuch der „Ghettoisierung der Juden

*in ihrer eigenen Heimat*“ vehement abgelehnt – fast unnötig hinzufügen, dass Silver nicht daran dachte, in die „*Heimat*“ auszuwandern, trotz seiner perfekten Beherrschung der hebräischen Sprache. Dagegen hielt Nahum Goldmann (gestorben 1982), nach Chaim Weizmann der zweitwichtigste Mann in der „Jewish Agency“, am Kurs der Verständigung mit den Arabern fest. Noch im Sommer 1946 wollte er dafür Sorge tragen, dass in dem antizipierten Staat die Bezeichnung „jüdisch“ nur insofern auftauchen würde, als damit eine jüdische Mehrheit gemeint sei. Gegen die Befürchtung einer erheblichen arabischen Minderheit regte er gleichzeitig an, sie zur Auswanderung aus Palästina „*zu ermutigen*“.

Ben-Gurion hatte vor dem „Anglo-American Committee of Inquiry“ Anfang März 1946 im YMCA-Jerusalem als Ziel des erstrebten jüdischen Staates die Elemente *„jüdischer Boden, jüdische Arbeit, jüdische Wirtschaft, jüdische Schulen, Sprache und Kultur. Wir wollen auch jüdische Sicherheit. Wir meinen vollständige Unabhängigkeit“* vorgestellt, bevor er im Juni 1947 dem „United Nations Special Committee on Palestine“ (UNSCOP) erklärte:

*„Only by establishing Palestine as a Jewish state can the true objectives be accomplished: immigration and settlement of the Jews, economic development and social progress for the Arabs... Nothing will further the Jewish-Arab alliance more than the establishment of the Jewish state.“*

Wenige Tage nach dem UN-Teilungsplan vom 29. November 1947 bekräftigte er die Definition „jüdisch“ als die Aufnahme und die Integration der Einwanderer und der bereits Ansässigen – so wie er schon im Mai 1942 als Vorsitzender der „Jewish Agency“ auf der internationalen Konferenz im New Yorker „Biltmore Hotel“ einen *„jüdischen Staat“* gefordert hatte, damit *„er uns für immer von unseren Leiden erlöst und unseren nationalen Gaben Gerechtigkeit widerfahren lässt“*.

---

Den künftigen Staat auf eine religiöse Definition zu stützen, lag Ben-Gurion ebenso fern wie der aller religiösen Bindungen abholden Hannah Arendt, die im Mai 1948 in der Zeitschrift „Commentary“ schrieb:

*„With the exception of a few anti-Zionist die-hards, whom nobody can take very seriously, there is now no organisation and almost no individual Jew that doesn't privately or publicly support partition and the establishment of a Jewish state.“*

Erst später ließ Ben-Gurion Ansätze erkennen, die von der Tel Aviver Historikerin Anita Shapira als „*Bibliomania*“ kritisiert wurden, als er nach dem Suezkrieg 1956 an die Proklamation eines „Dritten Königreichs Israel“ dachte und er die klassischen Schriften des europäischen Sozialismus als „*miserable Phraseologie*“ abtat – gleichsam ein Vorgriff auf ideologische Entwicklungen ab 1967. Denn Ben-Gurion nutzte den Vorstoß bis zum Suezkanal 1956, um die ägyptische Souveränität über die Sinai-Halbinsel für beendet und sie zum „*integralen Teil Israels*“ zu erklären, bis ihn Washington und Moskau zum Rückzug zwangen.

Hätte die Balfour-Deklaration von 1917 und der Bericht der britischen Peel-Kommission von 1937 der UN-Teilungsplan mit „jüdisch“ eine religiös dominante Komponente gemeint, hätte er beim projektierten arabischen Staat zwischen Muslimen, Christen und Drusen unterscheiden müssen. Stattdessen war den Delegationen in New York bewusst, dass in dem projektierten Staat Israel neben 500.000 Juden nicht weniger als 430.000 Araber (also 47 Prozent Nichtjuden) und in dem künftigen Staat Palästina 820.000 Araber lediglich 10.000 Juden leben würden.

In Israel scheiterte die Verabschiedung einer Staatsverfassung nach europäischem oder amerikanischem Vorbild auch an orthodoxen Widerständen, die allein die Thora als Quelle der Rechtsprechung

und des gesellschaftlichen Lebens erkennen wollten. Der vehemente Gegner der Besatzungspolitik nach 1967, der als „*einsamer Wolf der Orthodoxie*“ verehrte Yeshayahu Leibowitz, dessen letzten Weg im Sommer 1994 viele hunderttausend Menschen folgten, kritisierte daraufhin Ben-Gurion als Antisemiten, weil dieser der Gründung Israels den Vorrang vor der Erfüllung der Gebote des Judentums gegeben habe.

In der Unabhängigkeitserklärung wurde auf die Definition „Wer ist Jude?“ verzichtet, auch wenn ihr Kern lautete:

*„Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. ... Nie wich seine Hoffnung, nie verstummte sein Gebet um Heimkehr und Freiheit.“*

Die Proklamation vergaß nicht, neben der Gründung eines „jüdischen Staates“ die rechtliche und sonstige Gleichstellung aller Staatsbürger zu betonen. In geostrategischer und ideologischer Hinsicht jedoch war wahrscheinlich allen Beteiligten klar, dass die Gründung im „Land der Philister“ entlang der Mittelmeerküste einem Torso glich, dem die Heimat in „Judäa und Samaria“ fehlte.

### III. Der Junikrieg 1967 als theologisches Dilemma

Mit dem Sieg im Junikrieg 1967 trat der Staat Israel in ein theologisches Dilemma ein, wurde ihm von berufener Seite, dem Soziologen Menachem Friedman, bescheinigt. Der geschmähte „Verzichtszionismus“ der Mandatszeit wich dem Konzept des „Großzionismus“. Territoriale Bescheidenheit erschien als geradezu naiv – als Beleg geschichtlicher Unkenntnis oder unerträglicher Demagogie. Der „evolutionäre Zionismus“ der Mandatszeit mit dem Ansatz „*Noch ein Stück Land, noch eine Ziege*“ wich einem „revolutionären Zionismus“, der Landeignungen für selbstverständlich

hielt. Die Produktivität rabbinischer Schriften begann jegliches Ausmaß in der jüdischen Geschichte zu übersteigen. *Der Friede Gottes ist höher als alle Vernunft*, ist bei Jesaja und im Brief des Apostels Paulus an die Philipper zu lesen. Mit der „*Einsammlung der Zerstreuten*“ (Deut. 30,3-5; Jer. 31,10), die vor allem aus den USA gespeist wurde, nahe die messianische Zeit. Schaut man in die deutsche Israel-Literatur von damals hinein, so war auch sie voller Begeisterung über das „*auserwählte Volk*“, dessen Angehörige man gerade erst millionenfach ermordet hatte.

Für die als Neo-Zionisten bezeichneten Anhänger der „Bewegung für das ganze Land Israel“ reifte die Zeit heran, zu der aus der politischen Neugeburt die umfassende Heiligung des jüdischen Volkes durch Gott, der „Shalom“, hervorgehen werde. Da Er Seinem Volk im eigenen Land nur die Katastrophen der Zerstörung des Ersten und des Zweiten Tempels prophezeit hatte, musste es sich diesmal der göttlichen Schonung würdig erweisen und das Bündnis mit der westlichen Zivilisation aufkündigen, in deren Mitte es spirituell degeneriert war. Kein Jude dürfe es nach Auschwitz mehr wagen, dem Gott der Geschichte zu widersprechen, lautete die Devise des sich zur Neo-Orthodoxie bekennenden Emil Fackenheim (gestorben 2003).

So erlebte Israel seine zweite, seine eigentliche Gründung: Das geduldige Warten auf die messianische Zeit wurde endgültig von Kategorien einer politisch-ethnozentrischen Theologie abgelöst: Das Wohl der Gemeinde Israels im eigenen Land sollte höher stehen als die Güter des Zusammenlebens mit Nichtjuden. Der UN-Resolution 242 vom November 1967, die von Israel den „*Rückzug Israels aus (den) besetzten Gebieten*“ verlangte, wurde als Versuch der dritten internationalen Intervention zurückgewiesen.

Der bedeutendste Protagonist der fundamentalen Wende war Rabbiner Zvi Yehuda Kook (gestorben 1982), ausgerechnet der

Sohn des ersten Oberrabbiners. Er war der „Spiritus rector“ der frühen Siedlungsbewegung, die sich im Februar 1974 im „Block der Glaubenstreuen“ sammelte. Dem „Gush Emunim“ gelang es, dem Zionismus einen kompromisslosen Glauben an den Bund mit Gott zu oktroyieren und die Politik vor sich herzutreiben.

Die Anhänger der „Glaubenstreuen“ verwahrten sich gegen die „Espresso-Generation“ entlang der Mittelmeerküste, deren „Jüdischkeit“ sich in Eilat-Steinen, in „gefüllte Fisch“, „Falafel“ und „Horra“-Tänzen erschöpfe. Ein Brigadegeneral echauffierte sich über die „*Hebräisch sprechenden Goyim*“ in Tel Aviv, die eine moralisch korrupte Säkularkultur ausleben würden. „*Worin drückt sich Euer Judesein aus? Nur dass ihr in diesem Land lebt? Das tun auch die Araber.*“ Der Lehrstuhl für Allgemeine Philosophie in Jerusalem wurde in „Lehrstuhl für jüdisches Denken“ umbenannt.

Sind wir, so fragte auch Gershom Scholem, in erster Linie Juden oder Israelis? Am Für und Wider eines „*verdünnten Judentums*“ würden sich die Geister scheiden. Für Scholem war die Entscheidung, die er mit einer Warnung verband, dramatisch eindeutig:

*„Wir sind Juden zuerst und dann Israelis als eine Manifestation unseres Judentums. Der Staat Israel und sein Aufbau ist ein Unternehmen, das dem jüdischen Volk dienen soll, und wenn diese Zielsetzung ihm entzogen wird, verliert er seinen Sinn und wird sich in den Stürmen dieser Zeitläufte nicht lange behaupten.“*

Von der Ablösung vom „Israelismus“ blieb das liberale Bürgertum nicht verschont, so dass rigide Interpretationen heiliger Texte kein Privileg dezidiert religiöser Juden waren. Als der junge Shimon Peres vor Kook ehrfurchtsvoll niederkniete, bezeichneten seine Anhänger die Szene als surrealistisch.

---

Die Grenzen zwischen politischen Interessen und spirituellen Bindungen verwischten sich. Der spätere Staatspräsident Ezer Weizman (gestorben 2005) schrieb in seiner Autobiographie:

*„Schon lange vor dem Sechs-Tage-Krieg, als Israel noch in den engen Grenzen des Waffenstillstands von 1949 leben musste, sprach ich laut und deutlich aus, wie ich über jene anderen Teile unserer Heimat – Judäa und Samaria – dachte. Nach meiner Ansicht war und bleibt die Westbank unser Ahnenerbe, ein integrierender Bestandteil von Erez Israel, dem Land Israel, ja sein Herzgebiet. ... Das Land war für mich nie eine unerfüllte Vision, nach der ich mich aus weiter Ferne sehnte. Meine Liebe zu meinem Land ist intim, einfach und ganz konkret.“*

Prominente Völkerrechtler eilten dem politischen Rechtsanspruch auf „Judäa und Samaria“ zu Hilfe, damit die Definition Israels als jüdischer Staat den Anspruch auf die Westbank einschließe. Die volle Anwendung der IV. Genfer Konvention zum Schutz der Menschenrechte blieb ohne Belang, weil sie den Verkehr zwischen Staaten regeln will. Doch wenn es keinen Staat Palästina gibt...?

Hätte Ariel Sharon 2005 für den Rückzug aus dem Gazastreifen die Abstimmung mit der Autonomiebehörde gesucht, wäre ihm aus Ramallah unweigerlich die Frage nach seinen Absichten hinsichtlich Ost-Jerusalems und der Westbank entgegenschallt. Der gleichen Herausforderung sah sich Menachem Begin 1978 in Camp David gegenüber, als Anwar Sadat den vollständigen Abbau der Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel verlangte: Hätte die Zustimmung zu dieser Forderung keinen Präzedenzfall für die palästinensischen Gebiete geschaffen, auch wenn der Sinai nicht zu „Eretz Israel“ gerechnet wird, sondern theologisch als Niemandsland gilt?

Am 22. September 1967 veröffentlichte die „Bewegung für das ganze Land Israel“ ihr Manifest in den vier großen Tageszeitungen, das von

namhaften Intellektuellen, Autoren und Dichtern unterzeichnet war. Am 16. Juni 1967 schrieb der Dichter Nathan Alterman (gestorben 1970) in einer Tageszeitung:

*„Dies ist die Bedeutung unseres Sieges: Er tilgte für alle [gegenläufigen] praktischen Absichten die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und dem Land Israel. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit... ”*

Alterman sei die Stimme und wir ihr Echo, urteilte der aller Mystik abholde Verteidigungsminister Moshe Dayan (gestorben 1981) und forderte seinen Landsleute auf, mit Gottes Wort „Fürchte dich nicht, mein Knecht Jacob“<sup>6</sup> die Besitzansprüche auf die Westbank zu untermauern. Die Souveränität über den Tempelberg schloss Dayan freilich vorsorglich aus. Der aschkenasische Oberrabbiner Isser Yehuda Unterman verbot den Juden den Zutritt zum Tempelberg, während zwei Wochen später der sefardische Rabbiner Ovadia Yosef (gestorben 2013) anordnete, dass der Tempelberg auch nicht überflogen werden dürfe. Schließlich erinnerte Religionsminister Zerah Wahrhaftig daran, dass gemäß der Halacha – dem Religionsgesetz – der Dritte Tempel nur von Gott errichtet werden dürfe.

Entgegen der Erwartung von Kook d.Ä. empfahl der oberste Militärrabbiner Shlomo Goren (gestorben 1994) die Niederreißung der Al-Aqza-Moschee und des Felsendoms. Später assistierte ihm der zum Oberrabbiner aufgestiegene Ovadia Yosef mit der Verfügung

---

<sup>6</sup> Jes. 44,2.

*„Wenn nur ein Buchstabe auf einer Thora-Rolle fehlt, ist die ganze Rolle nicht kosher. Dasselbe gilt für das Land Israel, dem kein Zipfel abhandenkommen darf.“*

Der Rabbiner des „Etzion“-Blocks südlich von Jerusalem fügte hinzu:

*„Keine israelische Regierung hat das Recht, unser Land zu verkaufen, das dem ganzen Volk Israel gehört, in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft.“*

Wenige Tage nach dem Ende des Junikrieges fassten die Sängerinnen Noemi Shemer und Shuli Nathan die aufschießende nationale Stimmung in ihrem Lied „Jerusalem aus Gold“ zusammen:

*Die Brunnen führen kein Wasser,  
Der Marktplatz ist wie ausgestorben,  
Der Tempelberg ist dunkel und verlassen.  
Dort in der Altstadt ...  
Jerusalem von Stahl, Eisen und Finsternis:  
Durch Deine Mauern haben wir Dich befreit,  
Die Soldaten rannten hinein in Blut und Rauch,  
Und nach dem Tod kam die Trauer ...  
Die Brunnen sind wieder mit Wasser gefüllt,  
Der Platz mit einer freudigen Menge,  
Vom Tempelberg ertönt über die Stadt  
Der Laut des Widderhorns [das am Neujahrstag geblasen wird].*

Es entstand der „Yeshiva-Nationalismus“ (Yoram Hazony) aus der Kombination von biblisch-talmudischer Lernbereitschaft und nationalistischem Aktivismus.

In der Person Benjamin Netanjahus konkretisiert sich das nationalistische Ethos, das sich auf die heiligen Texte aus Bibel und Talmud stützt, im höchsten Maße. Wenn er die Forderung nach

Anerkennung Israels als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ erhebt, nimmt er politisch alle Juden dieser Welt in Haftung für seine Politik – mit oder ohne ihre Zustimmung, während der Regierung im Widerspruch zu den Zusicherungen der Unabhängigkeitserklärung das Einvernehmen mit den Minderheiten im eigenen Staat gleichgültig ist. In Anlehnung an Kook d.Ä. wurde von einem ultraorthodoxen Juden die Einschätzung zitiert:

*„Wir wissen, dass er [Netanjahu] Schrimps isst und alles andere, aber wir beurteilen säkulare Politiker nicht danach, was sie in den Mund nehmen, sondern was aus ihm herauskommt.“*

Hinter dem Satz verbirgt sich die talmudische Parabel vom „Esel des Messias“: Ohne dass er sich konkret dessen bewusst sein muss, dient er religiösen Prinzipien und Vorstellungen.

Noch im Juni 1967 wurde die arabische Verwaltung in Ost-Jerusalem aufgelöst und die Stadt unter Bürgermeister Teddy Kollek technisch zusammengeführt. 13 Jahre später, im Sommer 1980, wurde Jerusalem zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels proklamiert.

Dabei ist ohne ein politisches Einvernehmen über die auf 64 Quadratkilometer erweiterte „Heiligen Stadt“ jede weitere Regelung politisch gegenstandslos. Anfang der 1980er Jahre wurde die „Grüne Linie“ aus offiziellen Dokumenten gestrichen, so etwa aus den Statistischen Jahrbüchern und aus schulischen Materialien.

Für die „Auslandsaufklärung“ führten die Regierungen als Begründung des Beharrens auf der Westbank militärstrategische Argumente ins Feld. Die Auslandsvertretungen hingegen wurden angewiesen, die biblischen Namen „Judäa und Samaria“ zu verwenden. Bei den Friedensverhandlungen mit Ägypten 1978 sorgte Menachem Begin dafür, dass nicht von der Autonomie der

besetzten Gebiete, sondern von der Autonomie der dort lebenden Palästinenser die Rede war. Sein einziges Zugeständnis bestand ursprünglich darin, gerechte (statt „*legitime*“) Bedürfnisse des „*palästinensischen Volkes*“ anzuerkennen, bevor er auf der Bezeichnung „*Araber in den Distrikten Judäa und Samaria*“ bestand. Schließlich fügte er dem Vertragswerk eine Formel bei, in der von den „*Arabern des Landes Israel*“ die Rede war.

Im Innern wurden die Weichen beharrlich auf die „heilige Trinität“, die Einheit von Volk, Land und Thora<sup>7</sup>, gestellt: Fortan solle „jüdisch“ vor „demokratisch“ rangieren. Am 23. November 2014 kündigte Netanjahu an, dass sich die Justiz und die Demokratie der Existenz Israels als jüdischem Staat anschließen müssten.

Theologisch eigenständige Interpretationen wie die jener Jüdinnen, an der „Klagemauer“ einen ihnen angemessen erscheinenden Gottesdienst feiern zu wollen, sind vor heftigen Attacken nicht gefeit. Von der Erwartung einer „*Protestantisierung der Religion*“ (Dan Diner) – der Trennung von Staat und Religion – ist nichts übriggeblieben.

Außenpolitisch spielte König Hussein (gestorben 1999) – nach den Worten von Shimon Peres ein „*Amateur-König*“ – dem Neo-Zionismus in die Hände, als er Ende Juli 1988 auf die Souveränität über die Westbank verzichtete und das Gebiet der PLO übergab, die das politische Vakuum nicht ausfüllen konnte. Das Mitspracherecht der Haschemiten gemäß dem Friedensvertrag von 1994 bei den heiligen muslimischen Stätten in Ost-Jerusalem blieb realpolitisch schwer einklagbar.

---

<sup>7</sup> Gen. 21,1 ff.; Deut. 6.1 ff. + 11,21.

Den vierten Versuch einer Einmischung in innerjüdische Angelegenheit wehrte ein „Komitee zur Rettung des Landes und des Volkes Israel“ an die Adresse John Kerrys mit der Drohung ab:

*„Ihre unermüdlichen Anstrengungen, uns integraler Teile unseres Heiligen Landes zu berauben und sie der Terroristenbande von Abbas auszuhändigen, kommt einer Kriegserklärung an den Schöpfer und den Herrscher des Universums gleich.“*

In der theologischen Lektion waren die antiimperialistischen Töne nicht zu überhören. Mit ihrer Absage an die Welt jenseits des Heiligen Landes und ihrer Kritik am israelischen Regierungshandeln haben sich große Teile der jüdischen Bevölkerung Israels der Weisung (oder dem Fluch) vom „Volk, das allein wohnt“<sup>8</sup> ergeben.

#### IV. Abschließende Bemerkungen

Im April 1977 hatte der Unterstaatssekretär im State Department George W. Ball in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen Meinungsbeitrag mit der Überschrift „How to Save Israel in Spite of Herself“ – Wie lässt sich Israel vor sich selbst retten? – veröffentlicht. In den USA ist im Herbst 2014 das Buch des prominenten Kommentators Richard Cohen mit dem unerhörten Titel „Israel: Is It Good for the Jews?“ erschienen.

Israels Anspruch als westliche Demokratie ist aus den Fugen geraten. Wenn die gegnerischen Parteien aus den Defiziten und Fehlern Israels keinen durchschlagenden Erfolg erzielt hätten, dann liege dies daran, dass sie noch inkompetenter, noch kurzsichtiger und noch böswilliger als die Israelis handelten. *„Mit solchen Feinden können wir uns ein paar Fehler erlauben“*, hat einer der führenden

---

<sup>8</sup> Num. 23,9.

israelischen Historiker, Zeev Maoz, in seinem Buch „Defending the Holy Land“ (2006) bemerkt. Die Ironie lässt sich umstandslos auf Arafat beziehen, der die Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 ohne rechtspolitischen Sachverstand unterschrieb.

Mit der Differenz zwischen einem jüdischen Staat und einem Staat für die Juden, der die Praxis des religiösen Glaubenspraxis jedem Einzelnen überlassen würde, hat sich auch das Konzept eines Israel als eines Staates aller seiner Bürger erledigt und gehört in die Kategorie eines „*kindischen Humanismus*“, um noch einmal Jabotinsky zu zitieren.

Das letzte Wort ist jedoch noch nicht gesprochen. Wenn wir über die Tellerränder der letzten fast fünf Jahrzehnte hinausschauen, dann werden auch auf Israel tiefgreifende Veränderungen zukommen, zumal da der arabische Nahe und Mittlere Osten vor einer geostrategischen Neuordnung steht.

Zudem ist seit einiger Zeit in intellektuellen und sogar in Kreisen der politischen Rechten Israels die Einsicht gewachsen, dass der politische Status quo unhaltbar ist, weil demokratischer Anspruch und Besatzungspolitik ein Widerspruch in sich sind. Noch ist nicht klar, wohin die Debatten führen werden. Dazu hat der Jurist und in Jerusalem „Jüdisches Denken und Philosophie“ lehrende Moshe Halbertal, ein orthodoxer Jude, ausgeführt, dass ein Staat, der sich ethnisch-kulturell definiere, einen demokratischen Charakter nur dann für sich reklamieren könne, wenn er den ethnisch-kulturellen Minderheiten in seiner Mitte eben dieses Recht auf ethnisch-kulturelle Selbstbestimmung einräume. Die frühere Erziehungsministerin Yuli Tamir hat bewusst mit ihrer Klage untertrieben, dass Israels Demokratie „*ein wenig an Charme*“ verloren habe.

---

Am Abend des 08. November hat Israels Staatspräsident Reuven Rivlin bei der Gedenkfeier zum 19. Todestag Yitzhak Rabins vor Tausenden Israelis – Juden und Arabern – davor gewarnt, dass die Demokratie im „*leeren Raum, ohne Bodenhaftung*“ nicht gedeihen könne. Rivlin ist ein dezidiertes Gegner der Zwei-Staaten-Lösung, pocht aber auf strikter Rechtsgleichheit der Palästinenser<sup>9</sup>. Dass sie ohne Konsequenzen im Sinne ihrer politischen Ebenbürtigkeit bleiben wird, ist unvorstellbar.

Ähnliche Debatten auf der Suche nach Auswegen aus der blutigen Konfrontation finden auch unter Palästinensern statt, wenngleich erschwert unter den Bedingungen der Besatzung. Einer der führenden Persönlichkeiten, der 2001 an Herzversagen verstorben Faisal Hussein, wollte den Palästinensern die historische Sekunde der nationalen Unabhängigkeit gönnen, bevor alle anderen Optionen offen seien.

Von dem Historiker Saul Friedlander stammt die Äußerung:

*„Ich bin mit diesem Land verbunden. Mein ältester Sohn und mein Enkel leben hier, aber ich kann mich selbst nicht als Zionisten bezeichnen. Nicht weil ich mich Israel entfremdet habe, sondern weil der Zionismus von der äußersten Rechten eingenommen und sogar gekidnappt worden ist.“*

Die Hinnahme Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes hierzulande repräsentiert ein grobes Missverständnis dessen, was darunter vor Ort diskutiert und exekutiert wird.

### **Aktuelle Nachträge:**

---

<sup>9</sup> Vgl. den Beitrag „Reuven Rivlins Appell an die Seele Israels“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ dieser Homepage.

Am 23. November 2014 hat das israelische Kabinett unter Leitung Benjamin Netanjahus – entgegen den Warnungen von Generalstaatsanwalt Yehuda Weinstein – mit 14 gegen 6 Stimmen den Entwurf für ein Gesetz verabschiedet, wonach Israel der „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ sei. Justizministerin Tsipi Livni und Finanzminister Yair Lapid stimmten gegen die Vorlage, die aus der äußersten rechten Ecke der Parteien „Likud“ und „Bait Yehudi“ („Jüdisches Haus“) stammt. Von Rechtsgleichheit aller Bürger ist in der Vorlage nichts zu finden. Religionen, ohne den Prozess der Aufklärung durchlaufen zu haben, argumentieren exklusivistisch.

Die Abstimmung in der Knesset ist für den 02. Dezember vorgesehen. Es wird erwartet, dass der Entwurf bis dahin Korrekturen durchlaufen wird, weil nicht nur Repräsentanten des religiösen Establishments, sondern auch liberale Politiker und Intellektuelle dagegen Sturm laufen. Ob sie Grundsätzliches ausrichten, ist eher unwahrscheinlich.

Während aus dem ultraorthodoxen Lager die Befürchtung geäußert worden ist, dass der Oberste Gerichtshof über die Definition „jüdisch“ entscheiden könnte, machen die liberalen Kräfte darauf aufmerksam, dass der Staat endgültig einen ethnisch-religiösen Charakter annehmen würde. Selbst nationalistische Stimmen wie die des früheren Verteidigungs- und Außenministers Moshe Arens haben vor einem solchen Gesetz gewarnt, weil es die nichtjüdischen Teile der Gesellschaft dem Staat weiter entfremden und sie zusätzlich diskriminieren würde.

Am 24. November schrieb Shabtai Shavit in „Haaretz“:  
*„Seitdem sich meine eigenen Meinungen zu bilden begannen, bin ich wirklich über die Zukunft des zionistischen Projekts besorgt. Ich bin auf der einen Seite über die kritische Masse der Drohungen gegen uns besorgt und auf der anderen über die Blindheit der Regierung*

*und ihrer politischen und strategischen Paralyse. Obwohl der Staat Israel von den Vereinigten Staaten abhängig ist, haben die Beziehungen der beiden Staaten zueinander einen beispiellosen Tiefpunkt erreicht. Europa, unser größter [Wirtschafts-]Markt, ist unser müde geworden und strebt auf Sanktionen gegen uns zu. Israel ist ein attraktives High-Tech-Projekt, und wir verkaufen unsere nationalen Güter um des Profits wegen. Russland wendet sich schrittweise von uns ab und unterstützt und hilft unseren Feinden. Der Antisemitismus und der Hass auf Israel haben Dimensionen erreicht, die bis vor dem Zweiten Weltkrieg unbekannt waren. Unsere öffentliche Diplomatie und die öffentlichen Beziehungen haben kläglich versagt, während jene der Palästinenser viele erhebliche Zuwächse in der Welt erreicht haben. Universitäten im Westen und besonders in den USA sind Brutstätten für künftige Führungskräfte ihrer Länder geworden. In der akademischen Welt verlieren wir den Kampf um die Unterstützung für Israel. Eine wachsende Zahl jüdischer Studenten wendet sich von Israel ab. Die weltweite BDS-Bewegung (Boykott, Verweigerung von Investitionen, Sanktionen) gegen Israel, die an der Delegitimierung Israels arbeiten, ist gewachsen, und eine ganze Reihe Juden gehören zu ihren Mitgliedern.“*

Am selben Tag verbat sich Wirtschaftsminister Naftali Bennett die jüngste Einmischung in innerisraelische Angelegenheiten, als das „State Department“ die Erwartung zum Ausdruck brachte, dass Israel an seinem demokratischen Charakter festhalten werde. Zwei Tage später vermutete der Kommentator von „Haaretz“, dass die Zurückhaltung Europas aus der Furcht vor der „Ausbreitung des Islamismus“ in seiner Mitte herrühren könnte.

Am 25. November hat Netanjahu das Finanzministerium angewiesen, zusätzlich 18,1 Millionen US-Dollar für den Ausbau der Siedlung Bet El zu Lasten palästinensischer Bodeneigentümer zur Verfügung zu stellen. Yair Lapid habe sich geweigert, das Geld

auszuzahlen, und hat verlangt, dass ein Kabinettsbeschluss dafür notwendig sei.

Am 26. November machte die Nachricht die Runde, dass das Ministerium für öffentliche Sicherheit und einige Abteilungen des Militärs vorhätten, dem muslimischen Wachpersonal am Tempelberg die Befugnis zu entziehen, jüdische Besucher fernzuhalten.

Am 27. November bezeichnet Ari Shavit, einer der bekanntesten israelischen Kommentatoren, der zuletzt das Buch „My Promised Land“ (2012) vorgelegt hat, in einmalig scharfer Form den von der Regierung am 23. November verabschiedeten Entwurf des Gesetzes. Ein solches Gesetz sei antizionistisch, weil es *„die komplexe, delikate, vitale Idee eines jüdisch-demokratischen Staates“* unterhöhle. Während neue muslimische Fanatiker den Versuch unternähmen, den Islam ins Mittelalter zu stoßen, würden die neuen jüdischen Chauvinisten den jüdischen Nationalismus in das Dunkel früherer Jahrhunderte zu stoßen versuchen. *„Sie haben sich von ihren Sinnen beurlaubt. Seit seinen Anfängen hat der Zionismus nie solche bitteren, gefährlichen Feinde wie die Zeloten in Jerusalem von heute gehabt, die alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Tempel [?] zu zerstören.“* Auch die Siedlungen seien ein antizionistisches Projekt.

Am 28. November berichtet „Haaretz“, dass der oberste Militärrabbiner Israels, Brigadegeneral Rafi Peretz, vor kurzem erklärt habe, der Jerusalemer Tempelberg habe für die Muslime keine religiöse Bedeutung, weil das Gelände nicht im Koran erwähnt worden sei.

Am 29. November ergänzt Tomer Persico ebenfalls in „Haaretz“ die Kritik Ari Shavits und schreibt, dass die Sehnsucht nach dem Tempel und der Tempel selbst in Verbindung mit dem jüdischen

Nationalismus den Schlusspunkt des Zionismus bilden – jenen Punkt, an dem sich der Zionismus selbst zerstört. Am Abend findet vor der Residenz des Ministerpräsidenten in Jerusalem eine Demonstration mit vielen tausend Teilnehmern gegen ein Gesetz zur Proklamation Israels als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ statt.

Am 06. Dezember zitiert der Korrespondent des „Deutschlandfunks“ Christian Wagner in Tel Aviv die Gesundheitsministerin Yael German von der Partei „Yesh Atid (Es gibt eine Zukunft)“ mit dem Satz: *„Wenn das Gesetz [das Israel zum Nationalstaat des jüdischen Volkes proklamieren soll] durchgeht, dann wird es ein anderes Israel sein. Dann können wir uns nicht mehr die einzige Demokratie im Nahen Osten nennen.“* Falls Israel die Westbank annektiere, würden die Juden im Lande Israel zur Minderheitsbevölkerung werden, so dass den arabischen Staatsbürgern das Recht auf einen Autonomiestatus verweigert werden müsse, so Innenminister Gil'ad Erdan.

Am 08. Dezember zitiert die Israel-Korrespondentin der „International New York Times“ Jodi Rudoren den Präsidenten des „Israel Democracy Institute“ in Jerusalem Yonathan Plesner mit der nachdenklichen Anmerkung *„Wir haben Verfassungsprinzipien [für das demokratische Leben], aber wir haben keine Verfassung, so dass der grundlegende Charakter des Staates nicht wirklich gesichert ist.“*

Am 14. Dezember reagiert der Sprecher des Jerusalemer Außenministeriums scharf auf die Einladung der Schweiz, am 17. Dezember die Signatarstaaten der Genfer Konventionen, zu denen auch Israel gehört, zu einer Tagung nach Genf zu bitten. Mit der Einladung, so der Sprecher, verletze die Schweiz ihre Verpflichtung zur Neutralität, zumal diese auf die Palästinensische Autonomiebehörde zurückgehe.

---

Am 15. Dezember meldet „Haaretz“, dass die religiösen Grundschulen, die den Zionismus bejahen, 2012 einen größeren Anteil staatlicher Zuwendungen erhalten haben als alle anderen Schulträger. So erhielten sie durchschnittlich 14.300 Neue Shekel, die ultraorthodoxen Schulen 14.000 Neue Shekel, die arabischen Schulen 13.800 Neue Shekel und die säkularen Schulen 13.100 Neue Shekel (*berechnet auf der Grundlage 3,90 Neue Shekel  $\approx$  1 US-Dollar*).

Aus einer Versammlung von Emissären des Lubavitcher Rebbe in New York im Dezember 2014 berichtet der in Lod tätige Rabbiner Jakob Globerman in „Haaretz“ von mehr als 5.000 Teilnehmern. 1984 sahen es noch 30 oder 40 gewesen. Auf der Tagesordnung hätten Themen gestanden, in aller Welt im Alltag des einzelnen jüdisches Bewusstsein und Selbstvertrauen zu stärken. Das Wort „Jude“ sei der Name des Herrn des Universums. Er selbst, Globerman, habe in Israel als Offizier in Eliteeinheiten des Militärs gedient. Die Arbeit dort werde erst beendet sein, wenn der Messias komme.

Im Interview mit der „International New York Times“ am 20. Dezember 2014 befürchtet Amos Oz, dass in Israel das Gefühl wachse, zu einem „*isolierten Ghetto*“ zu werden, das „*genau das ist, was die Gründungsväter und -mütter für immer hinter sich zu lassen hofften, als sie einen liberalen und anti-messianischen Staat Israel schufen*“. Wenn es keine zwei Staaten gebe – Israel an der Seite Palästinas –, werde es bald einen Staat geben. Oz fährt fort. „*Wenn es einen Staat gibt, wird es ein arabischer Staat sein. Die andere Option ist eine israelische Diktatur, wahrscheinlich eine religiös-nationalistische Diktatur, welche die Palästinenser unterdrückt und die jüdische Opposition unterdrückt.*“ Der erste Schritt sei die Unterzeichnung des Friedens „*mit zusammengebissenen Zähnen*“ und danach ein Vertrag, der langsam und schrittweise auf die Deeskalation beider Seiten hinarbeite. Der Politologe Shlomo Avineri

wird mit dem Satz zitiert: „*Wir wachen jeden Morgen mit irgendeiner neuen Drohung auf, die er [Benjamin Netanjahu] gefunden hat. Wir haben genug davon.*“ Abschließend zitiert das Blatt Machmud Zahhar, einen der politischen Wortführer von „*Hamas*“, mit den Worten: „*Israel wird ausgelöscht werden, weil es ein Fremdkörper ist, der nicht in unser Gebiet gehört, weder geschichtlich noch religiös.*“

Das Friedensgericht in Jerusalem entscheidet, berichtet „*Haaretz*“ am 22. Dezember, dass Juden, denen von Seiten der israelischen Militärverwaltung der Zutritt zur Zone A der Westbank – sie steht, wenn auch nur theoretisch, seit den Osloer Vereinbarungen, unter der vollen Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde – die Geltung der Prinzipien der Gerechtigkeit und der Ebenbürtigkeit verwehrt würde. Ein Siedler aus Bet El nördlich von Ramallah hatte sich diskriminiert gefühlt, weil er auf dem Nachhauseweg an einem Checkpoint aufgefordert wurde, einen 20 Minuten langen Umweg zu fahren. Sein Anwalt führte vor Gericht auf, dass das Verbot rassistisch und diskriminierend sei. Seit dem Ausbruch der zweiten „*Intifada*“ im Herbst 2000 war es nur Touristen, Palästinensern und israelischen Staatsbürgern arabischer Volkszugehörigkeit gestattet, in die Zone A einzureisen, zu der die Städte Hebron (mit Ausnahme des Gebiets H2, in dem Juden wohnen), Bethlehem, Jericho, Ramallah, Kalkilya, Tulkarem und Jenin gehören.

Nach Pressemeldungen vom 28. Dezember hat die „*Jewish Identity Administration*“ des früheren Wirtschaftsministers Naftali Bennett – er war gleichzeitig Minister für religiöse Dienstleistungen – vor kurzem zusätzliche Haushaltsmittel bis zu 1,48 Millionen US-Dollar für die Errichtung einer religiösen Akademie für 1.200 Schüler mit Stipendien erhalten. Mit der Einrichtung, die von einer orthodoxen NGO unter Leitung von Militärrabbiners i.R. im Range eines Brigadegenerals Avichai Rontzki verwaltet wird, sollen fast ausschließlich Elitegruppen der säkularen Gesellschaft vor allem in Tel Aviv gewonnen werden, weil von dort der säkulare Einfluss

komme. Nach Angaben Rontzkis gegenüber der Zeitschrift „Kleine Welt (Olam katan“) ist es das Ziel, die jüdische Identität tausendmal mehr als bisher zu verankern. Statt der bisher 50 sollen 5.000 Schulen entstehen. Jetzt erhalten 800 Schüler einen monatlichen Betrag von 4.000 Neuen Shekel ( $\approx$  1.500 US-Dollar).

-----

